

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung durch die Wilsdruffer Zeitung nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsbeginn monatlich 2 M., durch unsere Verkäufer in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 6 M. mit Zustellungsbefehl. Die Postämter und Poststellen sowie unsere Verkäufer und Geschäftsleute nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Bezugspreis 2 M. für die 6 getragene Kopierzahl oder deren Raum, Resten, die 2 halbjährige Kopierzahl 2 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entwerfender Preisnachlass. Zeitungsannahmen im amtlichen Zeit laut von Bestellen die 2 getragene Kopierzahl 2 M. Nachmittags-Beilage 50 Pf. Zeitungsannahmen bis einschließlich 10 Uhr. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Nachrichten werden wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Klagegegner in Kosten gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 84

Sonnabend den 8. April 1922.

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Rehrlöhne des Schornsteinfegers. Zu der unterm 31. März 1921 von 150 Prozent ein solcher von 225 Prozent festgesetzt worden. Die Erhöhung tritt bekanntgegebenen Grundgebührenordnung ist an Stelle des bisherigen Teuerungszuschlags vom 1. April 1922 ab in Kraft. Der Vorsitzende des Rehroverbandes Wilsdruff.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Die deutsche Regierung bereitet eine Antwortnote auf die Note der Reparationskommission vom 21. März vor. Der Tag der Abfertigung ist noch nicht bestimmt.

Minister a. D. Schiffer und Staatssekretär z. D. Bewald haben sich zu den Schlussverhandlungen über Oberschlesien nach Genf begeben.

Der Außenminister hat in einer Note an General Kossel auf die Bedenken hingewiesen, die einer Herabsetzung der deutschen Polizei auf den Stand vom Jahre 1913 entgegenstehen.

Im schlesischen Landtage wurde ein Antrag auf Auflösung des Landtags abgelehnt.

In Berlin wurde die dritte Bundestagung des Deutschen Beamtenbundes eröffnet.

Poincaré und Lloyd George werden in Paris während der Reise Lloyd Georges nach Genua eine Besprechung haben.

England will mit Amerika binnen kurzem ein Wirtschaftsbündnis abschließen.

Schweres Geschick.

Trotz der monatelangen Diskussionen über den Sinn, den Plan und die Aussichten der Konferenz von Genua sieht man jetzt am Vorabend des Zusammentritts dieser großen internationalen Beratung fast überall vor der Tatsache, daß die Konferenz überhaupt noch stattfindet, deren Name sich schon beinahe geistlos durch die hohe Wolkendecke der letzten Zeit hindurchzog. Mit noch größerer Überraschung aber nimmt man wahr, daß in letzter Minute trotz des vorangegangenen deutschen Abstands aller hochliegenden Pläne auf zwei Seiten der vielgestaltigen Fronten schwereres Geschick aufgeföhren wird, als man es nach der großen Vorsicht und Zurückhaltung erwarten konnte, deren man sich besonders in den Kreisen der Urheber des Konferenzgedankens in letzter Zeit befleißigte, offenbar in der Erwägung, daß man durch zu scharfes Zupacken das zarte Pflänzlein der Konferenzidee überhaupt im Keime ersticken könnte.

Die Situation, die sich nach der großen Unterhausrede des englischen Premierministers und nach der ebenso bedeutungsvollen Pariser Kammerdebatte ergab, war im wesentlichen durch ein Maß von Schwächerei auf englischer Seite charakterisiert, welches für den Verlauf der Konferenz nicht eben ermutigende Aussichten eröffnete. Das hat wohl auch Lloyd George eingesehen, und tritt infolgedessen am Vorabend der Konferenz mit der Aberratschung hervor, daß die Engländer jetzt ein Wirtschaftsbündnis mit den Amerikanern abschließen wollen, durch welches die beiden angelsächsischen Nationen allerdings ein solches Übergewicht in der gesamten Wirtschaftspolitik der Welt erhalten würden, daß gerade die Konferenz von Genua, die sich ja in allererster Linie mit wirtschaftspolitischen Fragen befassen soll, davon auf das härteste beeinträchtigt werden muß.

Die Franzosen werden davon besonders wenig erbaut sein, und sie führen demgegenüber eine Waffe ins Gefecht, die fast wie eine Art passiver Resistenz anmutet. Poincaré hat sich in letzter Stunde noch ganz ausdrücklich vorbehalten, daß die französische Delegation, die unter der Führung Barthou's nach Genua geht, alle erdächtlichen Beschlüsse von irgendwelcher weittragenden Bedeutung unbedingt der Regierung und der Kammer in Paris überlassen muß. Er drückt an das rollende Rad von Genua dadurch einen schweren Bremsklotz, mit dem er die für seinen Geschmack etwas zu temperamentvolle Energie seines englischen Ministerkollegen abzumengen gedenkt. Ob sich bei der kurzen Zusammenkunft, die Lloyd George bei der Reise nach Genua in Paris mit Poincaré haben wird, irgendein Ausgleich dieser offensichtlich verschärften Gegensätze erzielen läßt, kann angesichts der sehr entschiedenen Betonung, mit der Poincaré die Konferenz von Genua von jeder politischen Erörterung hinweg in die Grenzen eines reinen Wirtschaftsprogramms verwiesen hat, schwerlich erwartet werden.

Für und wider den Gedanken der Geneser Konferenz wird also immer noch lebhaft gestritten, und es fragt sich nur, ob die Idee des gemeinschaftlichen europäischen Wiederaufbaues aus der widerlichen Kur der diplomatischen Vorspiele und der noch zu erwartenden Redeschlachten gesund und kräftig herauskommen wird. Das Kernproblem bleibt selbstverständlich trotz allen Widerstrebens der Franzosen, wie man die Reparationsfrage auf neue Grundlagen stellen kann. Nun wirkt zwar auf die Herren in Paris die hohe Nennung des Versailleser Vertrages und des Londoner Ultimatus wie das berühmte rote Tuch. Aber schließlich kommt es ja nicht in erster Linie auf den Namen an. Die Diskussion über das Reparationsproblem ist streng verboten, aber die Frage der Stabilisierung der Währungen und die Frage einer internationalen Anleihe sind zugelassen. Es bedarf wirklich keines allzu langen Nachdenkens, um zu der Feststellung zu kommen, daß viele

beiden Beratungsgegenstände ganz von selbst auf die Erörterung des Reparationsproblems hinführen müssen, wenn sie überhaupt zu irgendeinem Resultat gebracht werden sollen. Das Urteil, welches die Bank von England im vorigen November über die deutsche Kreditfähigkeit dahin abgab, daß dem Deutschen Reich, solange es unter dem Druck des Ultimatus steht, eine Anleihe auf dem Weltmarkt schlechterdings nicht beschafft werden könne, ist zugleich ein Urteil darüber, daß die Konferenz von Genua oder, falls sie nur eine Etappe bilden sollte und nicht zu einem Ziele komme, dann die nächste Konferenz unweigerlich erst dann das Äbel an der Wurzel heilen könne, wenn sie an eine Revision der deutschen Zahlungsbedingungen herangehe.

Es liegt in der ganzen schwierigen Stellung der deutschen Regierung begründet, daß von unserer Seite nicht das gleiche schwere Geschick ins Gefecht geführt werden kann, wie es jetzt in letzter Stunde von der angelsächsischen und von der französischen Front her geschieht. Deutschland ist heute noch viel zu wenig Subjekt als vielmehr Objekt der internationalen Politik. Der Kurs der vorsichtigen und auf Verhandlungen eingestellten Diplomatie, den die deutsche Regierung bisher verfolgte und den sie auch in Genua beibehalten wird, mag nun die Billigung oder die Mißbilligung der einzelnen Parteien finden, in einem Augenblick, in welchem sich unsere Vertreter in das Ausland und in das Kreuzfeuer der großen Kanonen begeben, ist es notwendig, in der Heimat die Besonnenheit und die lebhafte Energie zu bewahren, die, wenn Genua überhaupt einen Erfolg für uns bringen kann, die unerlässliche Voraussetzung für diesen ist.

Die ersten Gäste in Genua.

Vor den ersten Delegationen sind bereits mehrere Journale in Genua eingetroffen, die über die letzten Vorbereitungen zur Konferenz berichten. Es wird gemeldet, daß der Sicherheitsdienst ganz außerordentlich scharf gehandhabt werden soll, u. a. haben alle in Genua und der Umgebung anlässigen Fremden sich bei der Polizei anmelden müssen. In die Hotels der Delegationen und in die Konferenzpaläste ist der Eintritt nur mehr nach Vorlegen sämtlicher Legitimationspapiere gestattet. Unburchsichtig ist besonders das Geheimnis, das bezüglich der Russen gewahrt wird. Auch in den benachbarten Rivieraorten begegnet man schon den ersten Konferenzgästen, die auf dem Bahnhofs reichlicher nationaler Fahnenhimmel mit dem Wappens Genuas begrüßt. Die deutschen Geheimpolizisten, die Birth und Rathenau begleiten, sind bereits eingetroffen. Bei der Vorbereitung der Eröffnungssitzung macht die Abordnung große Schwierigkeiten. Man will nun die Teilnehmer in zwei Gruppen teilen, nämlich in die der einladenden und der eingeladenen Mächte. In der Mitte, und vielleicht sogar etwas erhöht, werden also Italien, England, Frankreich, Belgien und Japan sitzen, und um diesen Kern herum alle übrigen Staaten, unter sich alphabetisch geordnet.

Um den Bestand der Schutzpolizei.

Die deutsche Antwortnote.

Die kürzlich bekanntgewordene Note der Interalliierten Kontrollkommission, die das ungerechtfertigte Verlangen stellte, den Bestand der Polizei auf das Maß von 1913 herabzubringen, ist jetzt von dem deutschen Reichsminister des Auswärtigen in einem Schreiben an General Kossel beantwortet worden. Es wird darin auf die schweren inneren Gefahren

hingewiesen, die für Deutschland aus einer Schwächung der Schutzpolizei in ihrem jetzigen Zustande entstehen müssen. Die deutsche Regierung hofft nach wie vor, daß eine Verständigung in der Frage der Ordnungspolizei auf der Grundlage der früheren deutschen Vorschläge gefunden werden kann und nimmt von den Erklärungen der Kommission Kenntnis, wonach auch diese für die Länder die Möglichkeit wahren will, im Rahmen der übernommenen Verpflichtungen die Organisation der Polizei den seit 1913 eingetretenen veränderten Verhältnissen anzupassen. Die deutsche Regierung geht davon aus, daß danach die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung und damit auch des wirtschaftlichen Lebens in Deutschland

uneutbehrlichen polizeilichen Grundlagen

garantiert werden. Dies vorausgesetzt, erkennt die deutsche Regierung für sämtliche deutschen Länder den Zustand von 1913 als Grundlage für die Organisation der Polizei an. Bereits früher hatte die deutsche Regierung den alliierten Hauptmächten ihre Ansicht dahin ausgedrückt, daß die Haltung der Interalliierten Militärkontrollkommission gegenüber der deutschen Ordnungspolizei nicht den Motiven entspreche, aus denen der Oberste Rat seinerzeit eine Vermehrung der Schutzpolizei von 92 000 auf 150 000 Köpfe zugestanden hat. Damals habe die Erkenntnis zugrunde gelegen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nicht mit den Polizeikräften von 1913 möglich sei. Die Forderung der

Militärkontrollkommission mache es den deutschen Ländern unmöglich, sich der Polizei zu bedienen zur Verhütung und Abwehr innerer Unruhen, denn eine vollständige lokalisierte und dezentralisierte Polizei würde bei größeren Unruhen wahrscheinlich sofort entwirrt werden, und somit eine Gefahr statt einer Sicherung bilden.

Der Kampf um die Schule.

Die Entscheidung des Bildungsausschusses.

Im Reichstagsausschuß für Bildungswesen ergab die Abstimmung über den grundlegenden Paragraphen 1, daß der Antrag der Demokraten, Sozialdemokraten und Unabhängigen abgelehnt wurde. Angenommen wurden die Anträge der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums, welche dem § 1 folgenden Wortlaut geben:

„Die Volksschulen sind entweder Gemeindefreischulen (§ 2) oder Bekenntnisschulen (§ 3) oder bekenntnisfreie Schulen (§ 4). Den drei Schularten dieses Gesetzes ist gleichmäßig freie Entwicklungsmöglichkeit zu geben.“

Der Antrag wurde mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen. Eine demokratische Resolution, welche besagt, daß der Inhalt der angenommenen Anträge im Widerspruch zum Wortlaut und Geist der Verfassung stehe, gelangte noch nicht zur Abstimmung. Von einigen Seiten hält man es nunmehr nicht für ausgeschlossen, daß das Reichsgericht als Staatsgericht angerufen werden wird, wenn der Antrag des Ausschusses zum Gesetz erhoben wird. Ein Regierungsvorsteher, Staatssekretär Schulz, erklärte, es sei für ihn kein Zweifel, daß der Gemeindefreischule nach der Verfassung eine bevorrechtigte Stellung gebühre. Wenn beschlossen würde, daß alle drei Schularten gleichberechtigt seien, sei eine neue Lage geschaffen, die Grundlage des Entwurfs verschoben, so daß die Reichsregierung zu der Angelegenheit erneut Stellung nehmen müsse. Der Begriff der Grundschule sei in Weimar noch nicht so geklärt gewesen, wie dies inzwischen durch das Reichsgrundschulgesetz geschehen sei.

Deutscher Reichstag.

(204. Sitzung.)

CR, Berlin, 6. April.

Vor Abschluß der gestrigen bis gegen 9 Uhr abends ausgedehnten Sitzung gab Reichsminister des Innern Dr. Köster noch einige Erklärungen ab. Er sagte u. a., er stimme darin mit dem Abg. Nordhoff überein, daß der Beamte Diener der Gesamtheit und nicht Diener einer Partei sein muß. Diese Frage werde gelegentlich mehr geklärt werden, als das bisher der Fall war. In der Abwehr der Gefahren, die der Volksgesundheit durch den Osten drohen, sei das Ministerium in einer schwierigen Lage. Die Frage werde jetzt in einer Kommission behandelt. Die Stellung der Reichsregierung zur Frage der Autonomie für Oberschlesien sei ganz klar, der Reichstag habe die Autonomie versprochen, und die Reichsregierung werde dieses Versprechen halten.

Zuerst wurde heute ein Gesetz über die Regelung der Einfuhr (an die Stelle des bisherigen Reichsbeschlusses) in der Zollverwaltung mit den Befugnissen der Überwachung der Ein- und Ausfuhr gesetzt werden) in allen drei Lesungen angenommen. Dasselbe geschah mit einem Gesetzentwurf über die soziale Versicherung im Saargebiet. Hieraus folgte die zweite Lesung des Gesetzesentwurfes zur Änderung der Verordnung über Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in der Übergangszeit nach Aufhebung der Zwangswirtschaft. Das Gesetz sieht die Beseitigung der Schlachtscheine im Viehhandel vor.

Abg. Voglitz (U-Soz.) sprach sich gegen das Gesetz aus, weil er darin einen weiteren Schritt zum Abbau der Zwangswirtschaft erblickt.

Darauf wurde das Gesetz in 2. und 3. Lesung angenommen. Gleichfalls in zweiter und dritter Lesung angenommen wurde ein Gesetz über Änderung der Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung. Die Vorlage sieht die Verhältniswahl für die Krankenversicherungsvertreter vor. Hiernach kam man zur zweiten Beratung des Gesetzesentwurfes über die Heranziehung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenentum.

Abg. Frau Agnes (U-Soz.) erklärte, in das Gesetz solle die Bestimmung aufgenommen werden, daß mindestens ein Schöffe ein Mann sein müsse. Darin liege eine Mischachtung der Frauen. Trotzdem ist dieses Gesetz schon ein Fortschritt, und wir stimmen ihm zu.

Abg. Kahl (D. Volksp.) erklärte, für seine Person und für einen Teil seiner Fraktion ist die Vorlage abzulehnen. Das Gesetz aber nicht wegen Mischachtung der Frauen, sondern mit Rücksicht auf die innere Verschiedenheit der Geschlechter. Die Mehrheit der deutschen Frauen dürfte ebenfalls das Gesetz ablehnen.

Abg. Düringer (Deutschn.) bemerkte, bei meiner Fraktion herrscht in dieser Frage nicht Einmütigkeit. Ich selbst stehe auf dem Standpunkte, daß die Frauen am Rande zu beteiligen sind, und ich glaube nicht, daß die Rechtspflege unter der Mitwirkung der Frauen leiden wird. Den in diesem Amt berufenen Frauen muß aber das Ablehnungsrecht zugesprochen werden.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch bemerkte, wie wollen den Frauen das Recht der Ablehnung geben, aber nur in bevorzugter Form, sonst erschütterten wir die neue Einrichtung von vornherein. Bedeutungsvoll ist, daß dieses Gesetz Zustimmung bei

allen Fraktionen findet. An Stelle des reinen Männerrechtes wird das Weibchenrecht treten.

Abg. Marx (Zentr.) sprach sich gegen einen Antrag der Deutschen Nationalen aus, wonach von 12 Geschworenen mindestens sieben Männer sein müssen und den Frauen das unbedingte Ablehnungsrecht gegeben werden sollte.

Abg. Dr. Derschfeld (Komm.) und die Abg. Frau Wadswig (Komm. Arbeitsgemeinschaft) sprachen sich ebenfalls für die Vorlage aus. Der Antrag, daß mindestens ein Schöffe ein Mann sein muß, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Von der Annahmefähigkeit des Schöffens- und Geschworenenamtes werden die Hebammen und Krankenpflegerinnen ausgenommen. Das Gesetz wurde in zweiter und in unmittelbarem Anschluß daran in dritter Lesung angenommen.

Sobald wurde ein Gesetz zur Aushebung des Schaumweinsteuergesetzes und zur Änderung des Weinsteuergesetzes, durch die der Schaumwein der übrigen Weinsteuern unterworfen wird, in erster und zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung dagegen wurde zurückgestellt. In allen drei Lesungen angenommen wurde ein Antrag auf Sicherung der ärztlichen Versorgung bei der Krankenkasse (statt ärztlicher Behandlung sollen gegebenenfalls Vorleistungen gewährt werden). In dritter Lesung angenommen wurde der vorläufige Handelsvertrag mit den Königreichen der Serben, Kroaten und Slavenen. Abschließend wurde die zweite Lesung des

Haushalts des Reichsministeriums des Innern fort. Die Abg. Frau Dransfeld (Zentr.) erklärte, die uneheliche Mutterchaft untergrabe den in der Verfassung ausdrücklich festgelegten Familiengedanken. Wenn auch auf Seiten des Mannes vielfach die größte Schuld liege, so bedeutet die uneheliche Mutterchaft doch im Volksempfinden einen Mangel, und dieses Volksempfinden müssen wir erhalten.

Abg. Frau Müller-Ottfried (Deutschl.) erklärte, die Antragstellerin Frau Pfeiff wolle dadurch den ersten Schritt zur grundsätzlichen Gleichberechtigung der unehelichen und der verheirateten Mutter tun. (Zurufe von links: „Das wollen wir!“) Die Annahme dieser Entschließung könnte dazu führen, daß die weiblichen Beamten nach und nach vollständig verdrängt werden. Zu erwägen wäre, ob bei der Revision des Disziplinarrechtes nicht auch die Entlassung der Beamten vorzuziehen ist, die väter unehelicher Kinder sind. (Hier rief der Abg. Dr. P. o. s. e. d. a. z. w. i. l. c. h.: „Dann werden sie alle entlassen!“) Große Heiterkeit. Wir reichen nicht die Hand dazu, die Familie zu untergraben, schloß die Rednerin. (Beifall rechts, harm links.)

Die Abg. Frau Schröder (Soz.): Sie (zur Redten gewandt) wollen die unehelichen Mütter verdammen und ihr Kind zum Rinde zweiten Ranges machen. Wir wollen nicht uneheliche Kinder züchten, sie sind aber da und dürfen nicht verhungern. Sie aber (nach rechts) wollen die wahre Unstilität großgeben. Das ist Lüge und Beudelei.

Die Abg. Frau Dr. Bäumer (Dem.) legte folgende Entschließung vor: Bei der Entlassung weiblicher Beamten und Hilfskräfte auf Grund unehelicher Mutterchaft oder dem Ausschluss solcher Hilfskräfte von der Beförderung aus dem gleichen Grunde ist der § 10 des Beamtengesetzes in einseitiger Weise auf die weiblichen Beamten angewandt worden. Der Reichstag fordert, daß in gerechter Anwendung dieses Paragraphen auf Männer und Frauen der Einzelfall daraufhin geprüft werde, inwiefern eine Verletzung der öffentlichen Achtung vorliegt, deren der Beamte zu seiner Berufsausübung bedarf. — Die Rednerin begründete diese Entschließung in längeren Darlegungen.

Die Abg. Frau Kemich (U.-Soz.) bedauerte, daß jetzt die Praxis darauf hinausläufe, daß die uneheliche Mutter einfach auf die Straße fliege.

Die Abg. Frau Wende (D. Volksp.) sprach sich im Sinne der Eingabe des Reichsverbandes der Post- und Telegraphenbeamtinnen aus, die die Disziplinierung wegen unehelicher Mutterchaft von Fall zu Fall regeln will. — Nachdem noch die Abgeordnete Frau Reuhaus (Zentr.), Frau Dransfeld (Ztr.) und Frau Schuch (Soz.) in dieser Angelegenheit gesprochen hatten, erklärte der

Abg. Marx (Zentr.): Ich habe namens meiner Freunde Widerspruch zu erheben gegen die Art, wie von der Tribüne dieses Hauses eine christliche Institution, die seit Jahrhunderten besteht, (harm links) behandelt wird. Wir lassen die Ehe nicht beschimpfen. (Beifall rechts.)

Abg. Frau Pfeiff (Soz.): Was von mir gesagt worden ist, ist viel mehr christliche Weltanschauung als was wir von anderer Seite gehört haben. Wir tragen das Christentum praktisch hinaus. Sie (zum Zentrum und zur Rechten gewandt) üben es in der Kirche. — Damit schloß die allgemeine Aussprache.

Hierauf wurde über einen Antrag des Abg. Dr. Mumm (Deutschl.) verhandelt, der dahin ging, zur Förderung der studentischen Wirtschaftshilfe 10 Millionen Mark in den Haushalt einzustellen.

Das Anwachsen der Teuerung.

Über 150 Proz. Mehrkosten als im Vorjahr. Eine halbamtliche Feststellung hebt hervor, daß die Teuerungsentwicklung nach einer kurzen Verlangsamung gegen Ende des Monats Februar im Monat März weiter stark zugenommen hat. Die vom Statistischen Reichsamte auf Grund der Erhebungen über die Aufwendungen für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung einer fünfköpfigen Familie berechnete Reichsziffer (Vergleich zu einer Friedensziffer von 100) für die Lebenshaltungskosten ist im Durchschnitt des Monats März auf 2302 gestiegen. Gegenüber Februar (1989) sind die Lebenshaltungskosten um 15,7 Prozent gestiegen, gegenüber Januar dieses Jahres um 40,4 Prozent, gegenüber dem Monat März des Vorjahres um 155,5 Prozent.

Ungefähr gleich stark wie die Gesamtausgaben sind im Berichtzeitraum die Ernährungskosten gestiegen, deren Ziffer für den Durchschnitt des Monats März 3152 beträgt. Gegenüber dem Vormonat bedeutet dies eine Steigerung von 15,6 Prozent, gegenüber März 1921 eine Erhöhung von mehr als 165 Prozent des damaligen Standes. An dieser Steigerung haben fast ausnahmslos alle Lebensmittel teil.

Weit mehr noch als Ernährungs- und Gesamtkosten haben die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung im Durchschnitt des Monats März gegenüber dem Vormonat zugenommen. Die im März eingetretene Steigerung der Lebenshaltungskosten war im Gegensatz zu den Vormonaten in den Großstädten nicht ganz so bedeutend wie in mittleren und Kleinstädten.

Wie es war und wie es heute ist.

Dem hannoverschen Kurier wurde kürzlich eine auf Grund eines sorgfältig geführten Wirtschaftsbuchs aus dem Jahre 1914 angefertigte vergleichende Übersicht zur Verfügung gestellt. Es handelt sich um einen Haushalt ohne Kinder, und ungewöhnliche Ausgaben (z. B. aus Anlaß von Krankheiten) sowie sogenannter Luxus sind nicht in Betracht gezogen. Es muß ferner hervorgehoben werden, daß für 1914 wirklich gemachte Ausgaben angegeben sind, während die Zahlen für die Gegenwart lediglich nach den — inzwischen wieder weit überholten — Preisen der letzten Wochen errechnet sind. Die Zahlen, von denen wir nur einige wiedergeben. Frechen eine überzeugendere Sprache als lange theoretische Betrachtungen.

Es wurden ausgegeben: für Miete im Jahre 1914 600 Mark — heutiger Preis 1200 Mark; für Steuern 473 — heute 4200; für Gas 100 — heute 2000; für elektrische Beleuchtung 80 — heute 500; für Postgebühren 43 — heute 866; für Rasen und Baarschneiden 24 — heute 540; für Zigaren 125 — heute 3200; für Bier 140 — heute 2450; für Heizung 360 — heute 4500; für Straßenbahn 12 — heute 240; für Herrenkleidung (Anzug, Hut, Stiefel, Abreizeher usw.) 218 — heute 4475; für Damenkleidung 384 — heute 4290; für Fleisch 285 — heute 6000; für Brot 68 — heute 2225; für Eier, Milch und Butter 183 — heute 2622; für Kartoffeln 30 — heute 7200; für Zucker 30 — heute 800; für Rasier 240 — heute 8400; für seltsames Gemüse 50 — heute 1500; für Obst 50 — heute 900; für Reis 12 — heute 750; für Seife 14 — heute 330 usw.

Die Gesamtausgaben des Haushalts betragen 4721 Mark. Demgegenüber haben Einnahmen in Höhe von 7888 Mark, so daß ein Überschuß von 3167 Mark verblieb. Die entsprechenden Ausgaben würden heute 86277 Mark betragen. Da die Einnahmen nur 46800 Mark betragen, würde, wenn der Haushalt genau so geführt werden sollte wie 1914, sich ein Fehlbetrag von 39477 Mark ergeben. Die Lebenshaltung in dem betreffenden Haushalt — es handelt sich um eine Beamtenfamilie — hat also gegen die Vorkriegszeit fast um die Hälfte eingeschränkt werden müssen!

Tagung des Deutschen Beamtenbundes.

Berlin, 6. April.

Auf der dritten Bundesversammlung des Deutschen Beamtenbundes, die in Berlin heute ihren Anfang nahm, hob der 1. Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes hervor, daß gerade in diesen Tagen die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Beamtenschaft von größter Wichtigkeit sei. Der erste Bundesvorsitzende Hügel betonte, der gewerkschaftliche Charakter des Deutschen Beamtenbundes müsse erhalten bleiben. In der Frage des Beamtenstreiks erwartete die Öffentlichkeit eine klare Stellungnahme des Deutschen Beamtenbundes. Der Redner er-

klärte: Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein deutscher Beamter, er mühte denn politisch oder sonst böllig verrannt sein, die furchtbare Waffe des Beamtenstreiks

anders anzuwenden wüßte sein könnte als im Zustande äußerster Notwehr. Jeder Beamtenstreik berge die Gefahr des Verlustes der Beamtengrundrechte in sich. Daß Beamte als letztes Mittel zum Streik greifen, scheine nur möglich bei ernsthafter Bedrohung ihrer verfassungsmäßigen Grundrechte und bei erfolgloser Befähigung ihrer Existenzmöglichkeit. Der Beamtenbund sei bereit, in gemeinsamen Fragen mit den übrigen gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zusammenzugehen. Unbedingte Voraussetzung für die Zusammenarbeit sei aber die Wahrung der parteipolitischen Neutralität des Deutschen Beamtenbundes und seine organisatorische Selbständigkeit. Das Berufsbemitteltum müsse unter allen Umständen erhalten bleiben. Das Besetzungsgesetz bedürfe einer neuen gesunden Grundlage.

Neueste Meldungen.

Die Liquidationsfrage in Oberschlesien. Berlin. Die verstaateten, wöhlen die Polen in Genf in der ober-schlesischen Liquidationsfrage folgenden Ausgleichsvorschlag machen, der angeblich Aussicht haben soll, von Deutschland angenommen zu werden. Die in dem an Polen fallenden Teil Oberschlesiens gelegenen Unternehmungen der deutschen Großindustrie, ihre Betriebsstätten, ihre Aktien, ihre Anteile usw. bleiben (vorbehaltslos des Falls der „Sabotage“) für 15 Jahre von jeglicher Liquidation in irgendeiner Form befreit. Ähnliches soll für den Großgrundbesitz gelten. Doch ist man über die Grenze zwischen großem und kleinem Besitz noch nicht einig.

Der deutsche Gesandte für Warschau. Berlin. Die polnische Regierung hat ihre Zustimmung zur Ernennung des bisherigen Gesandten des Reiches in Georgien, Ulrich Kaufher, der deutscher Gesandter in Warschau werden soll, erteilt.

Die Eisenbahnbeamten in Polnisch-Oberschlesien. DA Katowitz. Die Interalliierte Kommission hat an die Eisenbahndirektion in Katowitz eine Anordnung erlassen, wonach es den Eisenbahnbeamten streng verboten ist, einzuweichen ihre Posten zu verlassen. Zwischen Vertretern des polnischen und deutschen Verkehrsministeriums werden zur Zeit Verhandlungen geführt, die den vorläufigen Verbleib der Eisenbahnbeamten in Polnisch-Oberschlesien betreffen und die einen befriedigenden Verlauf nehmen.

Ein politisches Todesurteil. DA Mons (Belgien). Der Belgier Jeanne, der sich vor dem Schwurgericht in Mons wegen Denunziation der englischen Krankenschwester Miss Edith Cavell bei den deutschen Okkupationsbehörden zu verantworten hatte, ist zum Tode verurteilt worden.

Sita darf nach Ungarn zurück. DA Budapest. Infolge eines Vermittlungsschrittes, der seitens des Kardinal-Kürstprimas Gy. noch bei dem Ministerpräsidenten Grafen Bethlen unternommen wurde, läßt die Regierung mitteilen, daß sie gegen eine Rückkehr der Erzherzogin Sita und des Erzherzogs Otto nicht einzuwenden habe, im übrigen aber an der bisher in der Königsfrage verfolgten Politik festhalten gesonnen sei.

Angora zum Waffenstillstand bereit. Konstantinopel. Die Antwort der Regierung von Angora über die Vorschläge der Verbündeten betreffend den Waffenstillstand enthält die Annahme des Vorschlags der Entente unter der Bedingung, daß die Räumung Smyrnas sofort begonnen wird, so daß sie in vier Monaten beendet sein kann.

Amerika wahrt seine russischen Interessen. Washington. Amtlich wurde mitgeteilt, daß, wenn auf der Konferenz von Genoa ein Abkommen über die Fundierung der ausländischen Schulden Russlands getroffen werde, die amerikanische Regierung entschlossen ist, eine Beteiligung unter Wahrung ihrer vollen Gleichberechtigung mit den anderen Ententemächten zu fordern. Der Beobachter Amerikas auf der Genuefer Konferenz wird sein wirksames Auftrittsrecht vor allem auf die 300 Millionen Dollar setzen, die Rußland Amerika schuldet.

Moskau. Der Umsturz in Wladivostok ist vollzogen. Moskau hat sich zu den Japanern gesüchtigt. An der Spitze der neuen Regierung steht Bolschewik.

„Wem nie durch Liebe Leid geschah...“

Roman von Erich Friesen.

17 | (Nachdruck verboten.)

„Nunja, mein Lieb, nicht. Um des Himmels willen, Sieh, sieh! nicht so entsetzt aus! Wir brauchen ja nicht ins Konversationszimmer zu gehen — und auch nicht heute abend mit den anderen zu speisen, wenn Du nicht willst. Kleide Dich schnell in Deiner Garderobe um, und dann komm' nach Hause!“

Sie sagte nichts mehr. Schweigend ließ sie sich von Winfried den Gang entlang führen.

Die Türe nach dem Konversationszimmer stand halb offen. In der Mitte desselben hatte sich eine kleine Gruppe gebildet. Ein vierschrötiger Mann in dunkeltem Ueberrock sprach heftig auf Direktor Kaufher ein, der empört abwehrte. Ein anderer fremder Mann stand etwas abseits, ohne sich an dem Gespräch zu beteiligen, aber aufmerksam zuhörend.

„Ich verdamme Sie nochmal, mein Lieber, Sie irren sich“, schallte trocken die ärgerliche Stimme des Direktors bis zu Winfried und Felicie herüber. „Privatangelegenheiten gehören auch nicht ins Theater. Also bitte, entfernen Sie sich!“

„Werb' ich schon tun. Aber erst geben Sie mir Frau Holms Adresse!“ lautete die in unverschämtem Tone gegebene Entgegnung.

„Wozu?“

„Das ist meine Sache. Ich bin ihr Vater und will ihre Adresse wissen.“

Direktor Kaufher schwankte.

„Sagen Sie sie nicht, Herr Direktor!“ warnte Sigrid Arnoldsen aus einer Ecke des Zimmers her.

Mit hämlichem Grinsen wandte der Mann sich zu der Sprecherin.

„Soja, meine feine Dame! Sie sind also auch mit im Komplott, he! Also — zum letzten Mal: Ich will Frau Holms Adresse wissen, eher weiß' ich nicht vom Teufel!“

Sein drohender Blick umfaßte sämtliche Anwesende und schweifte dann zur halb offenen Türe hinaus auf den hellerleuchteten Gang.

„Da, da ist sie ja, das saubere Fräulein!“ lachte er plötzlich roh auf.

Schon war er zur Türe hinaus. Wie mit eisernem Griff umspannte er Felicies Arm.

„Fort von hier!“ rief Winfried mit Donnerstimme, den brutalen Anareiter zurückstößend.

Thomas Giesecke taumelte und wäre zu Boden gestürzt, wenn der Mann, der vorhin dem Wortwechsel so interessiert gefolgt war, ihn nicht gestützt hätte.

„Das ist sie!“ riefste Giesecke, heiser vor Wut, und deutete mit dem schmutzigen Daumen auf Felicie. „Tun Sie Ihre Pflicht!“

Der Geheimpolizist näherte sich dem bleichen jungen Weib und legte die Hand schwer auf ihre Schulter.

„Ich verhafte Sie im Namen des Gesekes, Felicie Holm, wegen Urkundenfälschung!“

Eine Minute lang herrschte Totensille. Niemand wagte auch nur, sich zu rühren.

Ueber Felicie war es wie eine Erstarrung gekommen. Unbeweglich, mit weit aufgerissenen Augen — so stand sie vor ihren Anklägern.

Plötzlich schwankte sie. Lautlos, wie eine gedrückte Blume, brach sie an des Gatten Brust zusammen.

„Bah!“ machte Thomas Giesecke verächtlich, in der Luft ein Schnippschen schlagend. „Alles Komödie! Ich kenne ihre Schliche und Tricks — ich, ihr Vater. Ich will Ihnen sagen, mein sehr ehrenwerter Herr Schwiegerohn — er verbeugte sich ironisch vor Winfried — „weld' nettes Pflänzchen Sie geheiratet haben! Ihr alle —“ mit einer großen Geste nach den übrigen hin — „Bamt zuhören!“

Eine leichte Bewegung entstand unter den Schauspielern. Nur Winfried stand noch immer auf demselben Fleck und freischelte zärtlich das bleiche Gesichtchen mit den geschlossenen Augen, das so beängstigend still an seiner Brust ruhte.

„Zum Anblick auch! Seid Ihr denn alle stumm geworden?“ schimpfte Giesecke grob. „Habt doch sonst genügend Interesse für Sensationsgeschichten! Sperrt Nase, Mund und Ohren nur tüchtig auf! Ihr werdet was zu hören kriegen!“

Mit diabolischem Grinsen blickte er sich im Kreise um. Doch nirgends fand er das gewünschte Interesse. Im Gegenteil! In aller Mienen stand deutlich Mitleid mit dem armen Opfer geschrieen und Wöhsen vor dem brutalen Ankläger.

Eine Handbewegung des Direktors, ein bittender, bereueter Blick aus Sigrid Arnoldsens Augen — in erstem Schrecken zog das ganze Personal sich zurück.

Ein Seufzer der Erleichterung hob Winfrieds Brust. Jetzt konnte man verhandeln. Jetzt mußte sich die ganze Sache auflären.

Behutsam ließ er Felicie auf den Boden niedergleiten und bestrich ihr blaßes, ach, so todesblaßes Gesicht mit kaltem Wasser.

Es dauerte nicht lange, da schlug sie auch die Augen

auf. Wem Unbnd des Stiefvaters überließ ein Zittern ihre Glieder.

„Das Spiel ist aus!“

Wie mechanisch kamen die Worte von ihren Lippen. Mühsam erhob sie sich. Ein langer, schmerzlicher Blick auf den Gatten, der ihre ganze Qual ausdrückte — dann schwankte sie auf den Stiefvater zu.

„Ich bin bereit.“

Ein teuflisches Lachen verzerrte Gieseckes Gesicht. „Gut, daß Du's einsehst! Du kommst mit uns! Heute noch! Sofort! Deinetwill, nehmen Sie das Müdel fest! Keine Schonung, Hören Sie? Haben Sie Handseifen bei sich? 's wär' sicherer. Die hat's hinter den Ohren — ich kenn' sie. Brennt Ihnen noch unterwegs durch.“

„Nein, nein! Keine Handseifen!“ In verzweifltem Ton schrie Felicie es heraus. „Ich will mit Ihnen gehen, wohin Sie wollen. Nur nicht fesseln! Bitte, bitte, nicht fesseln!“

Winfried lehnte während der ganzen unerquicklichen Szene an einer Säule. Eine Art von Erstarung war über ihn gekommen. Zwar begriff er noch nicht den Zusammenhang, aber daß etwas nicht stimmte, war sicher.

Ein leises Geräusch an der Tür ließ ihn sich umblicken. Sigrid, die mit den anderen das Zimmer verlassen hatte, trat wieder ein. Sie schritt direkt auf Felicie zu. Mit kräftigen Armen die schwanfende Gestalt umschlingend, lehnte sie deren Kopf an ihre Brust.

Bei diesem rührenden Anblick wich die Erstarrung von Winfrieds Gliedern. Er machte ein paar Schritte vorwärts.

„Was — was bedeutet dies alles? Ich werde doch wohl wissen dürfen, wessen man meine Frau beschuldigt!“

„Namensfälschung! Betrug!“ schrie Giesecke wütend. „Und weshalb? ... Wenn Sie fürchten, meine Frau oder ich könnten versuchen, das Gesetz zu umgehen, so irren Sie. Wenn Sie wollen, schließen Sie die Türe ab! Das Zimmer hat keinen zweiten Ausgang. Und dann — dann kann ich ja wohl die Ursache dieses Auftritts erfahren!“

„Natürlich, zuerst müssen wir die Ursache wissen!“ bekräftigte Sigrid mit ihrer tiefen, wohllingenden Stimme, sich zu dem wutschäumenden Giesecke wendend. „Sie sagen, Frau Holm habe Namen gefälscht, Betrug begangen ... Wie, wann und wo soll dies geschehen sein? Beweisen Sie Ihre schwere Beschuldigung und vergessen Sie dabei nicht, daß die Dame einflußreiche Freunde besitzt, die für sie eintreten werden! Also Vorsicht und maßvolle Eile, mein Herr!“

(Fortsetzung nächste Seite.)



Wir führen Wissen.

Heimatumuseum der Stadt Wilsdruff



gefont. Am Hauptportal des Reichstages fand der Pförtner eine große Tafel mit der Aufschrift: „Deutsche Lufttreibe O. m. b. H.“. Wie sich herausstellte, stammte die Tafel von dem gegenüberliegenden Hause in der Sommerstraße, in welchem die genannte Gesellschaft ihren Sitz hat. Ein „e“ hatten die Attentäter heimtückisch durchgehauen.

Die Dresdner Ringwerke in ausländischem Besitz? Auswärtige Blätter wissen zu berichten, daß die bekannten Dresdner Ringwerke in ausländische Hände übergegangen sind. Inwieweit diese Meldung den Tatsachen entspricht, wird sich bei der demnächst stattfindenden Hauptversammlung erweisen. Auffällig ist jedenfalls, daß die Ringwerk-Aktien in den letzten Tagen in großen Posten zu sehr stark anziehenden Kursen aufgekauft wurden. So soll bereits mehr als die Hälfte der Aktien in dem Besitz nordischer Kapitalisten sich befinden.

Streik in der Dresdner Holzindustrie. Die Dresdner Holzarbeiter nahmen in einer von circa 2000 Mitgliedern besuchten Versammlung Stellung zu den Einigungsverhandlungen im Arbeitsministerium und lehnten es ab, daß bei diesen Verhandlungen gemacht wurde der Arbeitgeber anzuerkennen. Daraufhin wurde einstimmig der Streik beschlossen. Der Friede im Holzgewerbe wäre gewahrt worden, wenn der Arbeitgeberverband den Vergleichsvorschlag des unparteiischen Einigungsamts angenommen hätte. Der gemacht Vergleichsvorschlag der Unparteiischen lautete: Ab 1. April beträgt die Lohnzulage 4 M., ab 21. April 1 M. Eine große Anzahl von Firmen, darunter auch einige größere, haben den Vergleichsvorschlag der Unparteiischen für sich als verbindlich erklärt. In diesen Betrieben ist die Arbeit fortgesetzt worden.

Vierligt bei Freital. Am Dienstagabend fand im Vierliger Gasthof eine starkbesuchte Einwohnerversammlung statt, die sich mit der Verschmelzungsfrage der vier Gemeinden Gittersee, Vierligt, Burgk und Kleinnaundorf zu einem Gemeinwesen beschäftigte. Einstimmig wurde die Verschmelzung abgelehnt, dagegen der Anschluss an Freital für erstrebenswert erklärt.

Dohna. Einen bemerkenswerten Beschluß faßte der hiesige Gemeinderat. Danach sind zuziehende uneheliche Personen gleich bei der Anmeldung dahin zu verständigen, daß sie unter 10 Jahren keine Aussicht haben, eine Wohnung zu erlangen, wenn die möglichen Wohnungsvorhältnisse weiter andauern.

Meerane. Bei einer Autofahrt überschlug sich in Dönnitz das Auto des Fabrikbesizers Wilhelm Neudörfer, wobei dieser und sein Chauffeur Alfred Bauer tödlich verletz wurden.

Kirchennachrichten — Palmarum.

Wilsdruff.
Vorm. 9 Uhr heilige Einsegnung und Konfirmation. — Abends 7 Uhr kirchlicher Familienabend im „Lindenschloßchen“ (Vichtbilder, kirchlicher Witz, Kirchenchor).
Kirchenmusik: „Ein Herz voll Freuden“, Terzett für 1., 2. Sopran und Alt und Orgelbegleitung aus der „Hilfelia von Wendelslohn“, Frau Braundmann, Fräulein Braundmann und Frau Thammer.
Grumbach.
Nachm. 1 Uhr Konfirmation in der Kirche zu Wilsdruff mit anschließender Abendmahlsfeier. — Abends 7 Uhr kirchlicher Familienabend im Gasthof Grumbach.

Reffelsdorf.
Vorm. 1/2 9 Uhr Konfirmation, Pf. Heber. Kirchenmusik: „Sei getreu bis an den Tod“, Lied für Sopran v. Woytsch. — Vorm. 1/2 11 Uhr Konfirmation, Pf. Zacharias. Kirchenmusik: „Mit Gott“, dreistimmiger Kinderchor v. Lorenz.
Sora.
Vorm. 1/2 9 Uhr Konfirmationsgottesdienst.
Röhrsdorf.
Vorm. 1/2 9 Uhr Konfirmationsfeier. Kirchenmusik: „Der Herr ist mein getreuer Hirt“, Geistl. Lied v. Joh. Wolfg. Brand. 1631.
Limbach.
Vorm. 1/2 9 Uhr Konfirmationsfeier.

Dresdner Schlachtviehmarkt am 6. April.
Auftrieb: 1. Rinder: a) — Ochsen, b) 1 Wulle, c) 6 Kalben und Kühe, 2. 855 Rälber, 3. 2 Schafe, 4. 239 Schweine. Preise in Mark für Lebends- und Schlachtgewicht: a) Ochsen: 1. vollfleischige, ausgewaschene höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren 2800 bis 2400, 4200 bis 4850 2. junge fleischige, nicht ausgewaschene, ältere ausgewaschene 2100 bis 2200, 4050 bis 4200, 3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere 1800 bis 2000, 8850 bis 4050, 4. gering genährte eben Alters 1400 bis 1600, 3500 bis 8900, b) Bullen: 1. vollfleischige, ausgewaschene höchsten Schlachtwertes 2800 bis 2400, 8975 bis 4100, 2. vollfleischige jüngere 2100 bis 2200, 3925 bis 8975, 3. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 1800 bis 2000, 3475 bis 8825, 4. gering genährte 1400 bis 1600, 8125 bis 8425; c) Kalben und Kühe: 1. vollfleischige, ausgewaschene höchsten Schlachtwertes 2800 bis 2400, 4200 bis 4850 2. vollfleischige, ausgewaschene höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 2100 bis 2200, 4050 bis 4200, 3. ältere ausgewaschene Kühe und gut entwickelte jüngere Rälber und Kalben 1800 bis 2000, 3850 bis 4050, 4. gut genährte Kühe und mäßig genährte Rälber 1500 bis 1700, 8900 bis 8900, 5. mäßig und gering genährte Kühe und Kalben 1000 bis 1400, 2955 bis 8900, Rälber: 1. Doppellender —, 2. beste Raft- und gute Saugfäler 2600 bis 2700, 4200 bis 4850, 3. mittlere Raft- und gute Saugfäler 2400 bis 2500, 3875 bis 4025 4. geringe Rälber 1800 bis 1900, 2925 bis 3250, Schafe: 1. Mastlämmer und jüngere Mastlammel 2000 bis 2100, 4000 bis 4150, 2. ältere Mastlammel 1700 bis 1900, 8800 bis 4000, 3. mäßig genährte Hammel und Schafe (Westschafe) 1000 bis 1400, 2650 bis 8600, Schweine: 1. vollfleischige fetteren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1 1/2 Jahr 2900 bis 3000, 8725 bis 8825, 2. Fetttschweine 3100 bis 3200, 8975 bis 4000, 3. fleischige 2900 bis 2800, 3600 bis 3700 4. gering entwickelte 2800 bis 2500, 3800 bis 3500, 5. Sauen und Eber 2800 bis 3000, 8750 bis 4000. Ausnahmepreise über Notiz. Tendenz des Marktes: Rälber gut, Schweine mittel.

5. Klasse 180. Säch. Landes-Lotterie.

Kleinnummern, hinter welchen kein Namen steht, sind mit 600 Mark gezogen worden. (Wohnort der Mitglieder. — Nachtrag verlossen.)

2. Ziehungstag vom 6. März 1922.

0885 288 614 (1000) 041 574 914 819 105 419 606 1066 254 638 682 240	880 428 286 887 721 822 880 521 428 405 973 (1000) 2876 605 599 503 335 418	660 552 842 (1000) 962 794 192 782 358 217 3000 (1000) 109 516 (1000) 074	404 (1000) 472 650 728 757 884 420 4296 904 742 651 960 907 471 945 444	677 228 176 (1000) 289 154 498 488 012 526 609 544 2309 605 798 (1000) 057	421 428 516 967 281 802 309 499 838 (1000) 550 190 618 224 (1000) 779 871	182 658 6755 983 493 798 598 010 930 816 489 420 977 817 758 081 688 056	557 625 7470 842 316 372 869 (1000) 474 549 (1000) 484 256 152 964 (1000)	557 173 503 943 476 8094 916 208 347 712 919 354 757 655 569 757 658 904	668 198 873 644 9470 900 561 076 836 934 323 216 (1000) 208 714 000 808	10875 836 787 (1000) 048 201 (1000) 622 569 368 800 410 605 (1000) 775 175	087 321 (1000) 042 998 259 097 691 11283 618 877 807 (1000) 671 502 541 282	381 200 044 050 12484 105 629 346 (1000) 687 (1000) 503 109 (1000) 253 124	426 049 051 449 (1000) 489 12685 (1000) 555 551 (1000) 594 127 (1000) 898 756	309 (1000) 996 (1000) 882 (1000) 602 029 185 149 14600 373 341 402 (1000) 881	280 179 609 954 025 000 12628 389 269 905 984 478 (1000) 645 220 (1000) 406	381 589 115 827 412 607 772 542 10341 055 263 (1000) 895 565 484 (1000)	209 282 654 (1000) 377 329 130 (1000) 17182 200 906 (1000) 528 084 124 128	723 174 325 447 420 14040 (1000) 795 405 542 749 880 182 056 (1000) 456 642	297 196 056 195216 660 613 588 134 (1000) 538 732 815 007 011 (1000) 628 150	884 375 588 059 385 367
--	---	---	---	--	---	--	---	--	---	--	---	--	---	---	---	---	--	---	--	-------------------------

Für die uns anlässlich unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche, Geschenke und das Segen der Ehrenporte, vor allem der Familie Dürigen, die uns das Fest ermöglichte, sprechen wir hiermit zugleich im Namen der Eltern unsern herzlichsten Dank aus.

Braunsdorf, am 7. April 1922.

Kurt Wiegand und Frau.

Gasthof Hühndorf.
Sonntag den 9. April 2018

Frühjahrs-Ball,
wozu freundlichst einladet Martha Becker.

Gasthof Blankenstein.
Sonntag den 9. April 2018

Feiner Ball.
Hierzu ladet freundlichst ein Max Richter.

Kasino Neukirchen.
Sonntag den 9. April 2018

außerordentl. Generalversammlung
nachmittags 3 Uhr. Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend erwünscht. Der Gesamtvorstand.

Prima Hammelfleisch
empfiehlt 2011 **Albert Herrmann.**

Bursche
16—17 Jahre, zu einem Pferd gesucht. 2011

Quanz,
Stadtgut Wilsdruff.

Christliches, zuverlässiges Hausmädchen
für meinen Haushalt von 2 Personen für 1. Mai oder früher bei gutem Lohn gesucht. Gute Untertunft, Kost und Behandlung. Angebote erbitte Oswin Schneider, Meitzen 3. 2011

Schreibmaschine,
geb., Sichschrift, kauft **Reudenburg, Dresden 23.**

Anzeigen
jeder Art finden im „Meitzen Tagesblatt“ (Amtsblatt) und seinen Nebenausgaben „Oswiger Anzeiger“ und „Anzeiger für Weinböden“ weitestgehende Verbreitung!
Inverbindl. Kostenanschläge berechnungslos!

115 847 687 487 33406 078 219 888 887 021 029 984 698 096 778 (1000) 308	24176 609 789 956 544 436 079 310 711 869 026 009 978 282 421 819 25718	295 181 628 485 497 (1000) 619 450 113 187 013 30229 (1000) 804 202 441 289	607 (1000) 267 852 569 560 (1000) 778 289 (1000) 415 724 221 818 222 625 379	991 812 3782 598 882 184 087 487 017 443 038 (1000) 583 269 748 155 123	553 34283 867 538 123 913 679 674 748 078 (1000) 792 729 080 880 826 021	670 713 927 861 058 911 569 582 39622 470 885 422 129 196 848 (1000) 842	608 897 420 (1000) 411 278 987 841 345	40985 535 679 944 028 119 237 (1000) 706 (1000) 550 (1000) 236 034 029	507 477 725 487 853 591 (1000) 301 511 555 255 712 829 129 150 416 252	041 173 (1000) 349 561 084 802 129 860 221 716 053 888 800 629 501 372 203	846 512 271 739 48053 779 204 772 (1000) 429 768 721 512 886 574 686 122	628 589 729 (1000) 306 321 702 807 (1000) 42345 375 319 (1000) 970 325 634	802 295 (1000) 255 129 068 284 44709 254 388 437 672 735 (1000) 080 (1000)	408 345 476 48074 798 015 295 235 227 182 284 291 429 289 10005 472 508	024 (1000) 48950 918 553 873 008 679 594 947 729 011 249 796 475 187	871 574 453 800 727 295 041 895 838 295 535 (1000) 250 475 894 48479 850	469 588 (1000) 782 352 (1000) 654 879 743 021 945 961 941 825 234 392 (1000)	196 (1000) 568 904 465 229 (1000) 728 263 089 222 203 40889 817 799 242 484	658 769 114
--	---	---	--	---	--	--	--	--	--	--	--	--	--	---	--	--	--	---	-------------

SLUB
Wir führen Wissen.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff
Wilsdruff - Museum - Wilsdruff

Stubenmädchen
für 1. Mai gesucht. 2017
Gutsbesitzer Rud. Faust,
Löbshüg bei Röditz.
Bahnhofsstation Nauna. zu verkaufen Grumbach 109.

1 Läufer
zu verkaufen Grumbach 109.